

# DEUTSCHLAND

## Schwarz-rot-goldene Worte

### Diese Welt für sich

Am Abend nach seiner Thronerhebung sprach Adenauers Gegenkanzler Otto Grotewohl an der Familientafel im Berlin-Niederschönhauser Prominenten-Ghetto: „Es bleibt alles beim alten. Wir behalten auch die Wohnung.“

„Wir bleiben trotz allem bescheiden“, hatte Grotewohl bereits am Nachmittag zu Fahrer Ernst Schulz gesagt, als er in seinen Horch 8 Zylinder mit der Russennummer M 7626 stieg. Die Morgengabe der SMA für den Ministerpräsidenten der Ostrepublik, eine Horch-Luxuslimousine in Stromlinienmodell (sonst nur für Reparationen und Export), hatte Grotewohl abgelehnt.

Darüber räsonierte beim Abendessen Grotewohls 23jähriger Sohn Hans, der Architektur studiert. Er würde lieber mit standesreiferen Präsidenten-Limousine durch die Steglitzer Schloßstraße brausen, um seinem Schwiegervater Charles Andre-

Auch wenn die Harzer noch so sehr auf die Russen schimpfen.

Otto Grotewohl wurde am 11. März 1894 als Braunschweiger Schneidermeisters-Sohn geboren. Vom 28. April 1908 bis 27. April 1912 lernte er Buchdrucken bei Johann Heinrich Meyer, Braunschweig, Jakobstraße 1a. 1910 schon trat er der Bebel-Partei bei.

Er blieb nicht lange Buchdrucker. Als er, mehrfach verwundet, aus dem ersten Weltkrieg heimgekehrt war, landete er in Braunschweigs Allgemeiner Ortskrankenkasse. Daneben büffelte er auf Hannovers Leibniz-Akademie Verwaltungsrecht und auf Berlins Hochschule für Politik die Kunst des Möglichen. Mai 1920 saß er als Benjamin im Braunschweiger Landtag.

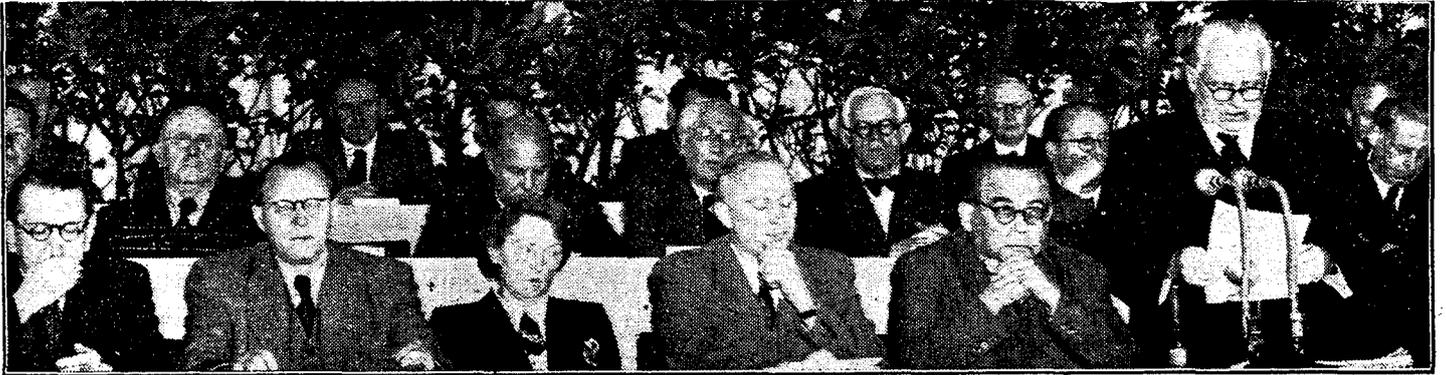
Als 1923 der halbkommunistische Ministerkreis um den Schneidergesellen Sepp Oerter abtreten mußte, rückten die Mehrheits-Reformisten auf Braunschweigs Ministersessel nach. Otto Grotewohl war dabei. 28jährig, wurde er Volksbildungsminister. Als er nach sozialdemokratischen Agitationsrezepten Braunschweigs Volksschulen reformieren wollte, mußte der Reichsinnenminister die Lage wiederherstellen.

schen „Freien Turnerschaft“ ein Darlehen von 100 000 RM gewährt zu haben.

- für den Neubau der A. O. K. Braunschweig gleichfalls der Reichsversicherungsordnung zuwiderlaufendes Darlehen bewilligt zu haben.
- gegen den im Verdacht der Unterschlagung von 6400 RM Versicherungsmarken stehenden SPD-Gemeindevorsteher Dieber von Harlingerode keine Strafanzeige erstattet zu haben.

Am 5. November 1932 gaben Braunschweigs Zeitungen in Fettdruck eine WTB-Meldung: „Der Präsident der Landesversicherungsanstalt Braunschweig ist vom braunschweigischen Minister des Innern vorläufig seines Amtes enthoben worden. Gleichzeitig wird ein Dienststrafverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung gegen ihn eingeleitet. Die Maßnahme wird begründet mit Unregelmäßigkeiten in der Dienstführung.“

Das Ende war eine Sieben-Zeilen-Notiz vom 7. April 1933, nach der Grotewohl aus dem Beamtenverhältnis ausschied und auf alle Rechte und Pension verzichtete. Otto Grotewohl ging in die innere Emigration.



Proletarische Machtergreifung: Volksratspräsidium von Pieck (r.) zur Kammer umproklamiert

sen, Westberliner SPD-Stadtverordneter und Direktor der Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbau G. m. b. H., den „Blauen Traum“ mit Doppel-Boschhorn-Signal vorzuführen. (Charles Andresen muß gewöhnlich, wenn er seine Tochter Mary und die beiden Enkelkinder sehen will, mit eingezogenen Schultern an den Schilderhäusern der Sowjetwache vorbei in Grotewohls Villa schleichen.)

Am gelassensten nahm Frau Martha Grotewohl Ottos große Stunde hin. Seit ihr bewußt wurde, daß sie altert, hält sie sich noch mehr als bisher schon im Hintergrund. „Soll ich mich denn scheiden lassen“, hatte sie erst sechs Wochen vorher gesagt, zu Max Fechner, der auf der Ost-Kabinettsliste als Justizminister steht.

Der flüchtig erwogene Scheidungsgrund ist Hanna, Grotewohls propere Sekretärin im Zentralhaus der Einheit. Mit sympathischen Schriftzügen gab sie vor sechs Wochen im Gästebuch des Schierker Hotels „Fichtenhof“ ihr Signum: Hanna Zielke. Dicht darunter stand markanter: Otto Grotewohl. Es war sein letzter Urlaub vor der Thronbesteigung als Ministerpräsident.

„Er war diesmal wie ein großer Junge“, erzählte der korpulente Bürgermeister von Timmenrode, Heinrich Liebing, als er seinen Harzern vom Besuch Otto Grotewohls berichtete, der seine Harzer Jugendgenossen und ehemaligen Wähler aus den Elbingeröder Schwefelgruben nicht vergißt, wenn er mal ins ostzonale Vorfeld seiner Vaterstadt Braunschweig kommt.

Als die „Braunschweigische Landeszeitung“ Grotewohl „Größenwahnsinn und täppische Unklugheit“ vorwarf, erkannte das Schöffengericht: Diese Redewendungen „gehen über das Maß einer erlaubten Kritik hinaus. Sie lassen nicht nur das Bewußtsein, sondern auch die Absicht der Beleidigung erkennen. Es soll an dem Minister Grotewohl nicht nur Kritik geübt werden, sondern es soll ihm auch gleichzeitig eins ausgewischt werden“. Redakteur Hermann Schroff bekam zweihundert Mark Geldstrafe.

Für den 1926 dennoch verlorenen Ministersessel entschädigte den Krankenkassenangestellten a. D. Otto Grotewohl die Partei mit der Sinekure des Präsidenten der braunschweigischen Landesversicherungsanstalt. „Ich bin mir letzten Endes insbesondere klar darüber, daß ein Vertrauensverhältnis zwischen den Organen der Anstalt und mir eine Notwendigkeit ist“, proklamierte der 31jährige Präsident bei der Amtsübernahme. „Dabei bin ich mir vollkommen bewußt, daß Vertrauen nicht verordnet werden kann, sondern daß Vertrauen erarbeitet werden muß . . . Politik bleibt draußen!“

Braunschweigs Naziführer Dietrich Klagges war anderer Meinung. Dem 1928 zum Bezirksvorsitzenden der Braunschweiger Sozialdemokraten gewählten Reichstagsabgeordneten Otto Grotewohl warf er vor,

- ohne Genehmigung des Reichsversicherungsamtes dem Schwimmverein „Delphin“ und dem sozialdemokrati-

Seinen Leidensweg erleichterte ihm Erich W. Gniffke, der vor 1933 Braunschweigs Reichsbanner-Führer war. Der politische Kaufmann Gniffke hatte 1935 eine Vertriebsfirma für Heißluftherde (Heibaco) gegründet. Grotewohl übernahm die Bezirksvertretung für den Platz Hamburg. Am 1. Januar 1937 übersiedelte Grotewohl in die Berliner Heibaco-Zentrale, um Erich W. Gniffkes Prokurist zu werden.

1938 wurden Chef Gniffke und Prokurist Grotewohl gemeinsam wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet. März 1939 wurde das Verfahren eingestellt, man ließ Grotewohl laufen. Gniffke blieb in Schutzhaft. Als Grotewohl nach dem 20. Juli 1944 abermals verhaftet werden sollte, fand ihn die Gestapo nicht mehr. Er war vollends in die Illegalität untergetaucht.

Im Mai 1945 holten die Sowjets den Leibniz-Akademiker wieder hervor und ins Schöneberger Rathaus. Drei Monate amtierte Otto Grotewohl als Stadtkämmerer am Rudolf-Wilde-Platz. Dann stieg er wieder ganz in die Politik. Der Zentralausschuß der wiedererstandenen SPD wählte den Braunschweiger Polit-Hochschüler zu seinem Vorsitzenden.

„Unsere Aufgabe besteht darin, ein gutes und reibungsloses Verhältnis zu allen Besatzungsmächten herbeizuführen“, konzipierte er seine Deutschland-Politik.

Und zu den Kommunisten gewandt: „Wir verkennen die Schwierigkeit nicht, die unsere Freunde aus dem Z. K. der KPD haben, um den letzten Mann und die

letzte Frau zu überzeugen, daß die Erkenntnis von der Anwendung der Demokratie eine geschichtliche Notwendigkeit geworden ist."

Die damals beginnenden Einheitsgespräche zwischen SP und KP machte das KP-Zentralkomitee geschmeidig: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn er entspricht nicht den Entwicklungsbedingungen Deutschlands“. (Der Erfinder dieser These vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, Anton Ackermann, wurde 1948 dafür unter Grotewohls Assistenzen gestüpft.)

Auf der anderen Seite schaltete sich aus der Londoner Emigration Hans Vogel ein, der die Erbschaft des Alt-Parteivorsitzenden der SPD Otto Wels angetreten hatte.

Auf Vogels Initiative fand am 6. Oktober 1945 in Bennisgen bei Hannover eine Konferenz zwischen den inzwischen aufgebauten Parteizentralen der West-SP (Hannover) und der Ost-SP (Berlin) statt. Ost-Delegierte waren Otto Grotewohl, Max Fechner und Gustav Dahrendorf. Es wurde eine Zusammenarbeit vereinbart, unter der sich Hannover allerdings etwas anderes vorstellte als Berlin.

Hannover durchschaute das KP-Manöver vom „deutschen Weg zum Sozialismus“. Die SP-Emigranten in der Odeonstraße hatten genügend Muße gehabt, Kreml-Politik zu studieren. Bei einer zweiten, noch kühleren Konferenz am 17. Dezember 1945 fuhr Unterhändler Grotewohl erst gar nicht nach Hannover, sondern blieb in Braunschweig in Reservestellung.

Auf Berlins Ost-SP lastete der volle Druck der Sowjets. Die hinhaltenden Fahrten Grotewohls mit dem Ziel einer SPD-Reichskonferenz torpedierte Sergej Tulpanow, er wußte die ostzonalen SP-Landesverbände für die Vereinigung zu gewinnen. GPU leistete Nachhilfe. Einheitsgegner landeten im Gefängnis-Keller der Berliner Luisenstraße.

Jeder Tag änderte die Lage. Drei Tage vor Weihnachten 1945 wurde mit 60 Prominenten-Unterschriften das Einheits-Manifest beschlossen. Unter August Bebels Bild, von Otto Grotewohl in Oel gemalt. SP-Hoffnung: organisatorische Vereinigung vielleicht übers Jahr. KP-Forderung: Ostern 1946.

Am 6. Februar 1946 verhandelten Otto Grotewohl und Gustav Dahrendorf nochmals mit Kurt Schumacher und Herbert Kriedemann in Braunschweig. Schumacher warf den Gedanken in die Diskussion, die Ost-SP aufzulösen, weil eine politische Handlungsfreiheit nicht mehr gegeben sei. Grotewohl wich aus und verlangte nochmals eine Reichskonferenz.

Am 10. Februar 1946 fiel in Berlin die Entscheidung. Der Zentralkomitee der Ost-SP beschloß mit Mehrheit — Grotewohl war bei der Minderheit —, den Vereinigungstermin der Kommunisten zu Ostern abzulehnen. Chefredakteur Otto Meier kam in die Redaktionskonferenz des SP-Zentralorgans „Das Volk“ mit der Botschaft „Eher werden wir die Partei auflösen!“

Jetzt kam die dramatische Wende in Tulpanows Nervenkrieg: noch am gleichen Tage sagten sich sämtliche SP-Landesverbände der Ostzone vom Zentralkomitee los.

Am nächsten Tag neue Sitzung: plötzlich stimmte der ZA der Vereinigung zu Ostern zu. Grotewohl stimmte mit der Mehrheit. Er stellte den kommunistischen Aktiv-Kadern die sozialdemokratische Masse als Statisterie.

Zum 53. Geburtstag bekam der mit Erfolg bolschewisierte Sozialdemokrat Otto Grotewohl von Sergej Tulpanow Altrevolutionär Lenins „Gesammelte Werke“ in

Schweinsleder. Das Ergebnis von Grotewohls Lenin-Studien war sein Glaubensbekenntnis: „Das Werk Lenins ist gleich dem Sonnenball im Osten aus dunkler Nacht aufgestiegen und hat seine wärmenden Strahlen über Millionen Menschen ergossen. Rußland war vor zwanzig Jahren noch ein absolutistisches Halbdunkel in Europa. Es ist heute das sozialistische Sechstel der Welt. Diese ‚Welt für sich‘ wird das Antlitz der Erde formen.“

Grotewohls neukommunistischer Weg ging folgerichtig weiter: zum Entsetzen seiner ehemaligen Genossen aus der SPD akzeptierte er im Dezember 1947 auf der SED-Parteivorstands-Tagung die Oder-Neiße-Linie als Friedensgrenze. Diese Rede wurde nie veröffentlicht.

Juli 1948 wurde Walter Ulbricht, Erzpriester kommunistischer Dogmen, der Mühe überhoben, die Wende der vereinigten Massenpartei zur „Partei neuen Typus“ (Revolutionärpartei auf Kadergrundlage mit Diktaturziel) erklären zu müssen.



Einheit unter Bebels Bild von Grotewohl in Oel gemalt

Das besorgte in einer Drei-Stunden-Rede Volksdemokrat Otto Grotewohl. Oktober 1949 wurde Walter Ulbricht der Unannehmlichkeit überhoben, aus seiner Reservestellung als ideologischer Linienrichter hervorzutreten und die Bürde eines Staatsamtes zu tragen.

Keiner weiß besser als Ulbricht, daß bei taktischen Schwankungen oder Mißerfolgen mit der überholten Politik auch ihr Repräsentant nach außen fällt. Otto Grotewohl ist Repräsentant der einheitssozialistischen Politik, so lange sie im Zeichen der nationalen Front in die Blocklegalität der Deutschen Demokratischen Republik geht. Walter Ulbricht, der heimliche König des Politbüros, ließ Otto Grotewohl zum Ministerpräsidenten der deutschen demokratischen Republik ausrufen.

Die Vakanz eines solchen Postens zeigte sich an, als drei Tage nach Moskaus offiziellem Protest gegen die Bonner Westrepublik Betriebsräte, Volksräte, Bauerndelegationen und werktätige Menschen en gros und en detail stoßweise Resolutionen einbrachten, mit der Forderung, Deutschlands Sowjetzone staatspolitisch aufzumöbeln.

Die fortschrittliche nationale Zonenpresse konnte sich mit der nationalen Erhebung in Druckerschwärze kaum gegut tun, und das „Bauernecho“ von Erich Goldenbaums Demokratischer Bauernpartei konnte sein Resolutionsoll nur mit Hilfe von Blitzgesprächen hereinbringen. Denn nur so lange waren Kollektivresolutionsen gefragt, als sie Regierungsbildung ohne vorherige Wahlen forderten.

„Verratet uns nicht, bleibt stark, verlangt unbedingt Neuwahlen“, telegraphierte der christlich - demokratische Kreisverband Spremberg an den Zonenvorstand in Berlins Jägerstraße 8.

„Es ist verkehrt, nach dem Sperling der Wahlen zu zielen, besser ist die Taube der Selbständigkeit und eine Regierung“, kniff Zonenvorsitzender Otto Nuschke.

„Wir werden zwar keine Wahlen haben, aber dafür haben wir doch den Außenminister“, greinte er, als ihn nach vollendeten Tatsachen seine Parteifreunde in der Jägerstraße im Chor niederschrien.

„Nehmen Sie doch menschliche Rücksicht auf Herrn Nuschke“, verwahrte sich Georg Dertinger. Er ist der Außenminister. Und er ist, mit Nuschke, nach dem Unfall in der Wahlfrage von seiner Mitgliedschaft ebenso hoffnungslos isoliert, wie Professor Hermann Kastner, dem seine Liberalen endlose Szenen machen.

Während Volksratspräsident Kastner zum letzten Male die Volksräte seiner Fraktion beharrte, prüfte Otto Grotewohl bereits das „Manifest des Volksrats“, das weisungsgemäß Genosse Max Nierich, Hauptabteilungsleiter des Volksrats und ehemals Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, ausgearbeitet hatte. Grotewohl tobte. In seiner Einfalt hatte Nierich Plebiszit und Wahlen angetippt. Es wurde gestrichen.

Am historischen Siebten las dann Wilhelm Pieck aus Max Nierichs Zweitschrift, der Volksrat habe sich aufgelöst, „um auf höherer Ebene die deutsche provisorische Volkskammer zu bilden“.

Durch die Volkskongresswahlen vom 15. Mai sei die Volkskammer legitim. Denn angesichts „des schweren nationalen Notstandes“ seien demokratische Wahlen im Augenblick inopportun. „So grotesk es klingen mag.“

Otto Grotewohl hat sich seinen Platz an der tête dieser „Demokratischen Deutschen Republik“ und ihrer provisorischen Regierung auch als Staats-Theoretiker verdient. In beharrlichen Dauerdiskussionen und Dauerreferaten hat er als Vorsitzender des Verfassungsausschusses im deutschen Volksrat die staatsrechtliche Phantasie des Massenorganisatorischen und bürgerlichen Gefolges der SED von Montesquieu zu Dimitroff geführt, vom Klassiker der Gewaltenteilung zu Georgij Dimitroff, der die vier Merkmale der Volksdemokratie verkündete:

- „Der volksdemokratische Staat verkörpert die Macht der Werktätigen . . . , wobei die Arbeiterklasse die führende Rolle spielt . . .“
- „Der volksdemokratische Staat ist ein Staat der Uebergangsperiode, dessen Aufgabe es ist, die Entwicklung des Landes zum Sozialismus zu gewährleisten . . .“
- „Der volksdemokratische Staat basiert auf der Zusammenarbeit und Freundschaft mit der Sowjetunion . . .“
- „Der volksdemokratische Staat gehört dem demokratischen antiimperialistischen Lager an . . . an dessen Spitze der starke sowjetische Staat steht . . .“

Die proletarische Machtergreifung im deutschen Osten wurde im Dezember 1947 über die nationale Hintertreppe der Volkskongressbewegung entriert.

Auf einer Woge nationalen Unwillens gegen den Außenministerzwist in London

wollte sich damals Wellenreiter Pieck bis an die Ruhr tragen lassen, doch blieb er in Marienborn hängen. Immerhin, das damals schaumgeborene Räteparlament häutete sich zur „provisorischen Volkskammer der demokratischen deutschen Republik“ durch.

Das revolutionäre Rezept von 1947: „Die Landeskomitees zur Vorbereitung des Volkskongresses werden gebeten, im Rahmen der ihnen mitgeteilten Teilnehmerzahlen eine Regelung mit den Parteien, Organisationen und Einzelpersonlichkeiten zu treffen, die eine aus allen Volksschichten zusammengesetzte Vertretung des Landes gewährleistet“ (Neues Deutschland vom 3. Dezember).

Das war einfach. Und das war gut. Für die SED, die bei den einzigen Landtagswahlen der Sowjetzone am 26. Oktober 46 nur zwischen 44 und 49 Prozent Stimmen mobilisierte, obwohl damals noch die Massen frisch vereiniger sozialreformerischer Kleinbürger aus der SPD die Einheitspartei wählten.

Im ersten „Volkskongreß für die Einheit Deutschlands und gerechten Frieden“ von 2215 Köpfen ließen sich 894 partei-kommunistische Mandatsträger durch die kommunistischen Hilfsvölker der Freien deutschen Jugend, des FDGB, der VVN, des Demokratischen Frauenbundes, des Kulturbundes und der gegenseitigen Bauernhilfe mühelos zu einer einheitssozialistischen Mehrheit aufblasen.

Der zweite deutsche Volkskongreß — der erste hatte sich in Resolutionen erschöpft — am Revolutionsgedenktag (18. März 1948) beschloß schon, ein ständig tagendes Gremium, den deutschen Volksrat, einzuberufen. Durch offenen Zuruf wurde er gewählt. Er konstituierte sich unverzüglich und mimte von da an vaterländischen Enthusiasmus mit schwarz-rot-goldenen Worten, palavrierte ein ganzes Jahr, und gewählt war immer noch nicht. Und gewählt wurde auch nicht, jedenfalls nicht regulär.

Statt dessen trugen die zonalen Wähler am 15. Mai 1949 einen Stimmzettel für den dritten deutschen Volkskongreß zur Urne, auf dem sie die Frage bekreuzigten: „Bist Du für die Einheit Deutschlands und stimmst Du der von den demokratischen Parteien und Massenorganisationen aufgestellten Kandidatenliste zu?“ Hier also stand der Wähler vor der Frage, entweder die nach wohlervogenen Prinzipien der radikalen Minderheit aufgestellte Kandidatenliste abzulehnen, dann stimmte er auch gegen die Einheit Deutschlands — oder, wie selbstverständlich, Deutschlands Einheit zu wählen, dann wählte er in nationaler Begeisterung offen oder getarnt bolschewistische Kandidaten für den Volkskongreß.

33,9 Prozent entschieden sich für ein klares nein. Damit war ihre Stimme untergegangen. Kein Repräsentant der Nein-Stimmen konnte in den Kongreß gelangen.

2000 Delegierte des 3. Volkskongresses wählten am 29. Mai 1949 durch Zuruf die 330 ostzonalen Mandatsträger für den Volksrat (100 geheime westliche kamen dazu), den jetzt Wilhelm Pieck zur vorläufigen Volkskammer der ostzonalen Republik umproklamierte. Die Fraktionen:

- SED 90
- CDU 45
- LDP 45
- NDP 15
- Demokratische Bauernpartei 15 (Vorsitzender Ernst Goldenbaum, früher SED)
- FDGB 30 (Vorsitzender Warnke, SED)
- Kulturbund zur demokratischen Erneuerung 10 (Vorsitzender Joh. R. Becher, SED)

- Freie deutsche Jugend 10 (Vorsitzender Erich Honecker, SED)
- Demokratischer Frauenbund 10 (Vorsitzende Emmi Damerius und Käthe Kern, beide SED)
- VVN 10 (Vorsitzender Ottomar Geschke, SED)
- Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe 5 (Vorsitzender Otto Körting, SED)
- Genossenschaften 5
- Unabhängige sozialdemokratische Partei Berlin-Ost 5
- Einzelpersonlichkeiten 35 (Nationalpreisträger, Künstler und politische Willens-träger verwandten Genres).

Ehe endlich gewählt wird, werden diese Räte noch ein volles Jahr bis (5. Oktober 1950) regieren, legitimiert durch die Zurufe auf dem dritten Volkskongreß und den Artikel 50 der Verfassung von Grotewohls Volksrats-Ausschuß, die der dritte Volkskongreß angenommen hat. Artikel 50:

kammer“ unterworfen, auch über die verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit ihrer eigenen Beschlüsse entscheidet nicht ein unabhängiger Staatsgerichtshof, sondern die Volkskammer selbst.

Vor dem 5. Plenum des Volksrates sagte Grotewohl: „Wird die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen der Volkskammer angezweifelt, so werden die Gründe hierfür von einem in Gemäßheit des Artikels 66 des Entwurfs gebildeten Verfassungsausschusses untersucht“. Aber:

- „Die Mitglieder des Verfassungsausschusses werden von der Volkskammer gewählt“ (Art. 66).
- „Ueber das Gutachten des Verfassungsausschusses entscheidet die Volkskammer“ (Art. 66), die Volkskammer ist also an das Gutachten nicht gebunden.
- „Die Wahl der Mitglieder des Obersten Gerichtshofes der Republik und des Obersten Staatsanwaltes der Republik



Zur Mehrheit aufgeblasen: Präsident Pieck, Gegenkanzler Grotewohl

„Höchstes Organ der Staatsgewalt der Republik ist die Volkskammer.“

Am 22. Oktober 1948 sprach Grotewohl vor dem 5. Plenum des deutschen Volksrates: „Wir brachen mit dem für die deutsche Demokratie so verhängnisvollen Prinzip der Dreiteilung der Gewalten, das die Rechte des Volkes nur auf die Wahl der Volksvertretung und deren Mitwirkung an der Gesetzgebung beschränkte; — dagegen die ganze staatliche Exekutive, also die Regierungsgewalt und Verwaltung und auch die Rechtsprechung jeglicher Einflußnahme durch die Volksvertretung entzog; die Volksvertretung also faktisch dem hergebrachten Staatsapparat unterwarf. Wir verwirklichen im Gegensatz dazu den Grundsatz der Volkssouveränität, indem wir die Volksvertretung ganz eindeutig dem Staatsapparat überordnen, und zwar sowohl der Regierung und Verwaltung als auch der Justiz.“

In Grotewohls Staat ist nämlich nicht nur die Verwaltungsexekutive dem ständigen Eingriff der Gesetzgebungsinstanz „Volks-

sowie deren Abberufung“ obliegt der Volkskammer (Artikel 163).

- „Die Richter und Obersten Staatsanwälte können von der Volksvertretung abberufen werden, wenn sie gegen die Verfassung der Republik . . . verstoßen“ (Artikel 132).

Vor dem 5. Plenum des Volksrates sagte Grotewohl weiter: „Durch die Verfassung ist darum den Richtern die Machtbefugnis genommen, die Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen. Sie können wie jeder Bürger ihre Bedenken geltend machen. Die Prüfung liegt indes bei dem Verfassungsausschuß der Volkskammer. Und die Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit bei der Volkskammer selbst.“

Diese Parlamentsallmacht ist nur fiktiver Einschränkungen durch eine Länderkammer unterworfen, denn diese Länderkammer kommt überhaupt nur zum Zuge, wenn sie binnen vierzehn Tagen nach Verabschiedung eines Gesetzes Einspruch erhebt. Und auch dann kann sie in jedem

Falle von der Volkskammer niedergestimmt werden.

Zur Sicherung volksdemokratischer Majoritäten im Kreis der Träger dieser ungeteilten Macht bestimmt Artikel 13 von Grotewohls Verfassung: „Vereinigungen, die die demokratische Gestaltung des öffentlichen Lebens auf der Grundlage dieser Verfassung satzungsgemäß erstreben und deren Organe durch ihre Mitglieder bestimmt werden, sind berechtigt, Wahlvorschläge für die Volksvertretung der Gemeinden, Kreise und Länder einzurichten. Wahlvorschläge für die Volkskammer dürfen [nur] diejenigen dieser Vereinigung aufstellen, die nach ihrer Satzung die demokratische Gestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens der gesamten Republik erstreben ...“

Vor dem 4. Plenum des deutschen Volksrates am 4. August 1948 sprach Otto Grotewohl: „Wir können doch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß es Millionen von Frauen gibt, die sehr wohl an dem Aufbau und der Entwicklung ihres Vaterlandes mitwirken wollen, es aber gegenwärtig noch ablehnen, sich einer politischen Partei anzuschließen“. Und „Was ich hier für Demokratischen Frauenbund (Vorsitzende Emmi Damerius und Käthe Kern, beide SED) gesagt habe, trifft mindestens im gleichen Umfang für eine so starke Bewegung wie die Freie Deutsche Jugend (Vorsitzender Erich Honecker, SED) zu, trifft insbesondere für eine so mächtige und so bedeutende wirtschaftliche Organisation wie die Gewerkschaftsbewegung (Vorsitzender Warnke, SED) zu.“

Trotz der vielfachen Sicherung der Parlamentsallmacht und der volksdemokratischen Majorität in diesem Parlament aber wird die natürliche bürgerliche Opposition in die Loyalität zur Regierungspolitik gezwungen: „Die stärkste Fraktion der Volkskammer benennt den Ministerpräsidenten, der die Regierung unter Hinzuziehung aller Fraktionen im Verhältnis der Fraktionsstärke bildet“ (Art. 92).

Vor dem 4. Plenum des deutschen Volksrates sprach Otto Grotewohl: „Auch die innerparlamentarische Obstruktion muß ausgeschaltet werden. Politische Parteien, die im Parlament ihren Sitz errungen haben, sind verpflichtet, unter dem von der Verfassung vorgesehenen Mechanismus an der Regierung teilzunehmen, also die Verantwortung und Arbeitslast der Regierung und der Verwaltung des Landes auf sich zu nehmen.“

Die Regierung und Verwaltung des Landes sieht verfassungsgemäß vor:

- „Schränken des Eigentums ergeben sich aus dem Besitz und den sozialen Pflichten gegenüber der Gemeinschaft“ (Art. 22).
- „Beschränkungen des Eigentums und Enteignung können [nur] zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgen gegen angemessene Entschädigung, soweit ein Gesetz nichts anderes bestimmt“ (Art. 23).
- „Der Mißbrauch des Eigentums durch Begründung wirtschaftlicher Machtstellung zum Schaden des Gemeinwohls hat die entschädigungslose Enteignung und Ueberführung in das Eigentum des Volkes zur Folge.“ (Art. 24).
- „Der private Grundbesitz, der mehr als 100 Hektar umfaßt, ist aufgelöst und wird ohne Entschädigung aufgeteilt.“ (Art. 24).

Außerparlamentarische Opposition gegen die erbarmungslose Fortschrittspolitik der radikalen Minderheit und ihrer kunstvoll aufgebauten Parlamentsmajorität ist vorbelastet mit den Risiken des Verfassungsartikels 6. Er schafft Raum für die ausschweifendsten Auslegungsmöglichkeiten. Artikel 6: „Boykothetze gegen demokratische Organisationen ... sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.“

So die Verfassung von Volksrat Otto Grotewohls Ausschuß, auf der Ministerpräsident Otto Grotewohl seinen Staat

tische Organisationen ... sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.“



Tradition: Siebert  
Hier speist die Schiffergesellschaft

nach den vier volksdemokratischen Punkten von Georgij Dimitroff baut.

Wilhelm Pieck sprach bei der Proklamation der provisorischen Volkskammer: „Wir danken der Sowjetunion für die Unterstützung, die sie dieser Entwicklung zuteil werden ließ.“

## ... grüßen das alte Lübeck

### Ein Kampf um Müntherograd

An einer Zeitspanne von fünf Minuten ist der Friedensschluß im Lübecker Flüchtlingskrieg gescheitert. Friedensvermittler Dr. Burwick hatte Dr. Wiebe, Notgemeinschaft ostdeutscher Landsmannschaften, um 8 Uhr zu Friedensbesprechungen in die Lübecker „Freie - Presse“ - Baracke gebeten.

Dr. Wiebe kam um 8 Uhr. Lokalchef Dr. Burwick verspätete sich um 15 Minuten. Um 8.10 Uhr ging Dr. Wiebe. Der Pförtner übermittelte Friedensstifter Dr. Burwick nur den Groll Dr. Wiebes.

Obwohl die „Freie - Presse“ - Baracke von der „Notgemeinschaft“ - Baracke in der Beckergrube 41 keine fünf Minuten entfernt liegt, ist es zu einem neuen Gespräch noch nicht gekommen.

„Der Fehdehandschuh wurde uns von den Altbürgern Lübecks zugeworfen“, sagt Dr. Wiebe. Er entfaltet eine Werbeschrift der „Vaterstädtischen Vereinigung Lübeck von 1949 e. V.“. Da heißt es:

„Die drohende Gefahr, daß unsere alte Hansestadt ihr durch Jahrhunderte hindurch zäh und leidenschaftlich verteidigtes Eigenleben unter dem täglich wachsenden Einfluß fremder, nicht bodenständiger Kräfte verliert, kann nur gebannt werden, wenn dieser Gefahr einmütig Einhalt geboten wird.“

Weiter: „Wer möchte nicht die herausfordernden zersetzenden Kräfte beseitigen helfen, die mit allen Mitteln der Unvernunft dem geschichtlich berechtigten Eigenleben unserer Hansestadt entgegenarbeiten?“

Worauf nur noch die Vorstände der ostdeutschen Landsmannschaften zusammentraten und beschlossen, den Fehdehandschuh der Lübecker Altbürger aufzunehmen.

„Es war sogar eine Massendemonstration der Lübecker Flüchtlinge vorm Geschäftshaus der Vaterstädtischen Vereinigung geplant“, weiß Friedensvermittler Dr. Burwick. Damit wären 97 236 Flüchtlinge gegen 143 586 Altbürger aufmarschiert.

Vaterstädtischer Vorkämpfer Architekt Otto Siebert gibt auf Rheinländisch gleich zwei Punkte zu:

- daß er gar kein Lübecker ist („Es muß etwas rheinländisches Blut in unsere dickflüssigen Adern“, haben die Hanseaten gesagt) und

- daß der Vaterstädtische Vorstand die aufrührerischen Sätze ausdrücklich gebilligt hat.

Für den Vaterstädtischen Vorstand geht es in Lübeck um etwas mehr als um einen vordergründigen Streit Altbürger gegen Flüchtlinge. Es geht im Kern um den Wiederaufbau der weltberühmten Altstadt von Lübeck.

Reale Interessen spielen hinein, die sich nur notdürftig mit der Andeutung umreißen lassen, daß ein Quadratmeter City-Baugrund um 600 DM kostet. Wird die Lübecker City zu einer modernen Großverkehrsstadt umgestaltet, verlieren alte Patrizierhäuser ihre Existenzgrundlage.

Allein die Schaffung weiträumiger Parkplätze würde alte (jetzt ausgebombte) Handelshäuser an den Stadtrand schieben. Die Nachfahren Buddenbrooks gedeihen aber nur im Schatten der Marienkirche, nicht an der Ratzeburger Chaussee.

So kämpft das lübische Patriziat verbissen um seine angestammten Cityplätze. Daß ist ein Kampf um seine Existenz. „Sie müssen diesen Kampf um den Wiederaufbau der Lübecker City bis in seine soziologischen Tiefen verstehen“, eifert Otto Siebert.